

burger-Kellerer die Schiffe des Bahnenjunktors
Dittwig v. Dircksfeld auf Eraberger frach-
ten. Das sozialdemokratische Zentralorgan erinnert
daran, daß der Attentäter nur zu einer Strafe von
zwei Jahren und sechs Monaten Gefängnis
verurteilt worden ist, und fährt dann fort: „Das war im
Februar 1920. Die Straftat Dittwig v. Dircksfeld muß
also gerade vor ein paar Tagen abgelaufen sein. Wir
haben keine Anhaltspunkte dafür, daß er mit dem
neuen Attentat etwas zu tun hat. Aber die Tatsache,
daß er bereits wieder der Attentäter sein könnte, stellt
dieses Urteil an den Braganer der Welt.“ Daran knüpft
der „Vorwärts“ eine scharfe Kritik der Urteilsaburteilung
im Dircksfeldprozeß, die die „ideale Gesinnung“ des
Täters damals als besonders strafmildernd an-
gesehen und auf diese Weise gewissermaßen zu einem
neuen Attentat aufgelegt habe.

Heute nun liegt aus Berlin die folgende Meldung
vor, nach der tatsächlich die Möglichkeit, daß Dittwig
v. Dircksfeld mit der Nordrat in Verbindung
zu bringen ist, in Betracht gezogen wird. Die Meldung
lautet:

Die des Berliner Polizeipräsidenten mittels, haben die
Ermittlungen zur Aufklärung des Mordes an Eraberger
auch auf die Person des ehemaligen Führers von
Dircksfeld erstreckt, der wegen des Attentats auf
Eraberger eine Gefängnisstrafe von 1 1/2 Jahren im Regener
Gefängnis verbüßt. Wegen angeblicher Krankheit war
er am 27. April 1921 auf vier Monate aus dem Ge-
fängnis beurlaubt worden. Da er sich am Sonn-
abend, den 27. August noch nicht zur weiteren Strafver-
büssung gemeldet hatte, nahm die Polizei die Ermittlungen
nach seinem Verbleib sofort auf und stellte fest, daß er sich
mit seinen Eltern in dem Dorfe Altmich bei Raumburg
aufhalten soll. Nach Mitteilung des Raumburger Stadtrates
bestanden sich in Altmich nur die Eltern des Dircksfeld, die
von dem Verbleib ihres Sohnes seit dem 8. Aug.
nichts wissen wollten. Da diese Angaben unglauwbildig
erschiene und weil in Berlin bekannt war, daß die Mutter
des Dircksfeld in den Plan des früheren Mit-
glieds ihres Sohnes vorher eingeweiht gewesen war,
sind gestern Beamte nach Altmich entsandt
worden, um die Eltern des Dircksfeld dem
Berliner Polizeipräsidenten zur sofortigen
Vernehmung vorzuführen.

Die Beilegung Eraberger
Am 27. August nachmittags 1 Uhr in Biederach statt.

Weitere Forderungen der englischen Presse.

Die Londoner Blätter veröffentlichte ausführliche Tele-
gramme aus Berlin über die durch die Ermordung
Eraberger geschaffene Lage in Deutschland. Die
„Times“ schreibt in einem Leitartikel, die Ermordung
Eraberger bringe der Welt plötzlich in Erinnerung, daß
Deutschland in einer dauernden Krise lebe. Trotz der Mit-
teilung der wirtschaftlichen Sanktionen seien die Ursachen
der inneren Unruhen in Deutschland nicht beseitigt wor-
den. Die Militäristen und Kommunisten bereiten sich
auf die Wiederholung ihrer bisherigen Mißerfolge auf eine neue
Mission vor. Es sei möglich, daß die Aussicht auf Bürger-
krieg durch die Ermordung Eraberger aufgetaucht
sei und eine ernüchternde Wirkung auf alle Parteien haben
werde. Die Regierung müsse jedoch viel energischer Maß-
nahmen ergreifen als bisher, um die Wiederholung solcher
Verbrechen unmöglich zu machen. Die dauernde Tätigkeit
der deutschen Militäristen führe nur dazu, daß in den
Vordergründen die Zweifel bezüglich der Kontinuität der
ausgesprochenen deutschen Politik weiter bestehen. Es sei
im höchsten Maße Deutschland mit größter Energie möglich,
alle Erinnerungen an das System auszuschließen, das die
Welt in die furchtbare Katastrophe des Krieges geführt habe.
In der Zwischenzeit müßten die Alliierten wachsam sein.
Der „Observer“ schreibt, die Alliierten würden gut tun,
die Schwierigkeiten der neuen deutschen Demokratie in Be-
tracht zu ziehen; es könne immer noch sein, daß das Gefühl
des Abscheus und der Beunruhigung, das als Folge der
Ermordung Eraberger in Deutschland aufgetaucht sei,
der Regierung durch zum Vorteil gereichen werde, etwa wie
der Rapp-Bußch der deutschen parlamentarischen Regierung,
eine feste Stütze verliehen habe.

Die Gewerkschaften beim Reichstanzler.

Die von gewerkschaftlicher Seite mitgeteilt wird, fanden
Montag nachmittags im Reichstanzlerhaus Besprechungen
von Vertretern des Allgemeinen deutschen Gewerkschafts-
bundes, des Gewerkschaftsrings deutscher Arbeiter, An-
gestellten und Beamtenverbände und des Fabrikbundes mit dem
Reichstanzler statt. Die Vertreter der Gewerkschaften wies-
en auf den durch die jüngste Revolte blutigsten belandenen
Charakter der politischen Situation hin und schilderten die
in den Reihen der Arbeitnehmerschaft vorhandene starke
Bewußtseinsänderung. Ausbreitung schwerer Krisen gegen das
Reich der Republik und deren Organe hätten sich ereignet.
Sowohl die Organe der Justiz garnicht oder nur mit
unzureichender Hilfe vorgegangen. Die Ermordung
des Abgeordneten Garais in München sei bis heute unge-
klärt. Die Ermordung des Abgeordneten Eraberger sei
unvollständig für die politische Atmosphäre. Die Vertreter
der Gewerkschaften richteten daher an den Reichstanzler die
brennende Aufforderung, zur Beseitigung dieser Misstände
in kürzester Weise durchzugreifen. Sie erklärten ausdrück-
lich, daß die hinter ihnen stehenden 11 Millionen Arbeiter,
Angestellte und Beamte während seien, sich zum Schutze der
demokratischen Republik der Regierung rüchellos zur Ver-
fügung zu stellen. Sie erwarteten von der Regierung, daß
sie unverzüglich die erforderlichen Maßnahmen treffen.
Der Reichstanzler erklärte in seiner Erwiderung,
daß er die von den Vertretern der Gewerkschaften vorge-
brachten Forderungen teilte. Er begrüßte es, daß die Vertreter
der Gewerkschaften sich in so entscheidender Weise hinter die
Regierung stellen wollten, um sie bei der Sicherung der Re-
publik zu unterstützen.

Der Deutsche Beamtenbund ist gleichfalls mit
den gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen in Fühlung ge-
treten und hat erklärt, daß er von der Regierung durchgrei-
fende Maßnahmen zur Entgiftung der politischen Atmo-
sphäre erwarte.

Forderungen der Sozialisten.

In einer gemeinsamen Sitzung der beiden sozialistischen
Fraktionen wurden die Forderungen besprochen, die an die
Regierung zur Bekämpfung der anti-republikanischen Bewe-
gung in Deutschland gestellt werden sollen. Ihr Ergebnis
lautet in zwei Hauptpunkten zusammengefaßt:

1. Die beiden Parteien fordern von der Regierung
ein energisches Einschreiten gegen alle Personen, die
nach ihrer Meinung als Mörder solcher Verbrechen an-
gesehen werden sind, in Frage kommen, ferner alle Per-
sonen, die eine planmäßige Hebe gegen linkslebende
Politiker und gegen die Regierungsorgane entfalten.
2. Die beiden Parteien fordern eine gründliche Um-
gestaltung des Verwaltungs- und Justizwesens. Im Zu-
sammenhang damit fordern beide Parteien eine sofortige
Kündigung in der Zusammensetzung der Schöffens- und
Geschworenengerichte und ein energisches Einschreiten
gegen jene Staatsanwälte und Richter, deren bisherige
Tätigkeit in der heftigen Offenheit Mißtrauen er-
regt.

Die Vertreter der beiden sozialistischen Parteien haben
diese Forderungen und noch einige andere Punkte dem
Reichstanzler Dr. Brüch gestern nachmittags in der Reichs-
kanzlei vorgelegt.

Aufruf zu Massendemonstrationen in Berlin.

Die linkslebenden Berliner Blätter veröffentlichten
Kauf der Vorhänge des Bezirksverbandes Berlin der
S.P.D. und der U.S.P.D. zu Massendemonstrationen am
Mittwoch nachmittags im Volkspark zur Sicherung der Re-
publik und gegen die Reaktion.

Die erste Sitzung des Völkerverbundes.

Der Völkerverbund trat Montag nachmittags in Genf zu
seiner ersten Sitzung zusammen. Sämtliche Reichsmitglieder
waren anwesend, die vier händlichen, Mittel-Asien, Sibirien,
England, Bourgoin-Frankreich und Imperial-Italien, so-
wie die vier nichtständigen Wellington, Koo-China, Kolum-
bien de Leon-Spanien, da Cunha-Brasilien und Guyana-Ve-
nelgien. Der Generalsekretär des Völkerverbundes Sir Eric
Drummond und zahlreiche Beamte nahmen an der Sitzung
teil, die, wie fast alle Völkerverbände, nicht öffentlich
war. Die Sitzung wurde von dem Vorsitzenden des Völkerver-
bundes geleitet. Um 6 Uhr abends wurde vom Gene-
ralsekretariat des Völkerverbundes folgender Bericht ausge-
geben:

Der Völkerverbund hat beschlossen, die ihm
vom Obersten Rat anvertraute Aufgabe zu über-
nehmen. Die Entscheidung wurde sofort telegraphisch
dem Reichstanzler Dr. Brüch als Präsident des Obersten
Rates mitgeteilt. Die nächste Sitzung des Völkerverbun-
des findet am Donnerstag den 1. September statt.

Nach den Verhandlungen wurde bekannt, daß Dr. Brüch
dem Obersten Rat in einer Rede vom 24. August mit-
geteilt habe, daß sich in der Sitzung des Obersten Rates
vom 22. August jede der im Obersten Rat vertretenen
Regierungen im Laufe der Verhandlungen feierlich ver-
pflichtet habe, die Sitzung, die durch den Völkerver-
bund empfohlen werde, anzunehmen.

Die voraussichtliche Lösung des oberösterreichischen Problems.

Der Vorsitzende des Völkerverbundes, Baron Hübl, er-
klärte den Pressevertretern, daß sein Bericht über die ober-
österreichische Frage sich auf eine Darstellung der vom Obersten
Rat beschlossenen Schwierigkeiten beschränkte und keinerlei
Lösung oder Arbeitsmethoden vorgeschlagen werde. Hier-
über werde der Völkerverbund später in aller Freiheit be-
richten.

Die hieraus ersichtlich, und auch von Autoritäten des
Völkerverbundes bisher keinerlei Mitteilungen über die vor-
ausichtliche Lösung des oberösterreichischen Problems erfolgt.
Danach darf man annehmen, daß es sich bei den Genfer Ver-
handlungen in einem Teil der ausländischen, besonders der
französischen Presse über die in Aussicht genommenen Ver-
handlungsmethoden um reine Kombinationen handelt; dies
dürfte auch für gewisse aus Genf datierte Erörterungen über
einen Kompromiß im Sinne der Forza-Anie gelten.

Weiter meldet aus Genf über die gestern begonnene Sa-
gung des Völkerverbundes zur Erörterung der oberösterreich-
ischen Frage, man sei der Ansicht, daß es schwer sei, eine
Uebereinstimmung zu erzielen. Man werde wahrscheinlich
zu einem Kompromiß gelangen.

Verständigung in der Jap-Frage.

Nach einer Meldung der „Morning Post“ aus Washing-
ton ist zwischen den Vereinigten Staaten und Japan eine
Verständigung in der Jap-Frage erzielt worden.

Das deutsch-italienische Handelsabkommen unterzeichnet.

Laut „Lofalanzeiger“ ist gestern nachmittags im Arbeits-
zimmer des Staatssekretär von Dantel das deutsch-ita-
lienische Handelsabkommen unterzeichnet
worden. Deutscherseits nahmen außer dem Staatssekretär
Gesandter von Rattus und Konsul Immeren teil, italieni-
scherseits Botschafter Graf Frassati und Botschaftsrat
Guarneri.

Der deutsche Gewerkschaftsbund zur Lage.

Von der Leitung des Deutschen (christlich-natio-
nalen) Gewerkschaftsbundes wird die gegenwärtige
geopolitische Lage wie folgt beurteilt:
Inmitten der von langer Hand planmäßig vorbe-
reiteten, die wirtschaftlichen Nöte breitetester Volksteile und
den Parteienkämpfe ist die Ermordung Eraberger erfolgt.
Der Deutsche Gewerkschaftsbund ist mit allen ehrlichen und
politisch urteilsfähigen Menschen einig in der rüch-
haltigen Beurteilung dieses Mordverbrechens. Der Deutsche
Gewerkschaftsbund steht fest auf dem Boden der deutschen
Volksgemeinschaft. Wer sich zu ihr bekennt, muß, beson-
ders in erregten Zeiten, den Mut haben, die sich daraus
ergebenden Pflichten vorbehaltlos und nach allen Seiten
zur Geltung zu bringen. Deshalb verurteilt der Deutsche
Gewerkschaftsbund aus schärfster die wütenden und verfluchen-
den Formen der parteipolitischen Kämpfe, wie sie gegen-
über dem deutschen Volk durchbrochen. Der Deutsche
Gewerkschaftsbund wird sich mit aller Ent-
schiedenheit gegen alle Verbrechen wenden
— gleich woher sie kommen — die eine gewalt-
same Veränderung der Verfassung zum Ziel
haben.

Weitere verhängnisvolle innenpolitische Wirren würden
Deutschland um den letzten Rest jeder staatlichen Autorität
gegenüber dem Ausland bringen. Die furchtbaren Fol-
gen hätte dann das gesamte deutsche Volk, in erster Linie
die deutschen Arbeitnehmer, zu tragen.

Kommunistische Ausschreitungen.

In Halle ist es zu verschiedenen Zwischenfällen ge-
kommen. In einer Volkswirtschaft, in welcher der Anso-
verein Halle-Gebäude eine Feier veranstaltet hatte, kam es
mit zahlreichem Arbeiter zu einer wütenden Schlägerei
in deren Verlauf auf beiden Seiten zahlreiche Verletzungen zum
Teil schwer verletzt wurden. Die schwarz-weiß-roten
Fahnen im Saale wurden heruntergerissen.
Gelegentlich eines Festmahlchens der ehemaligen
VII. (Sozialist.) Kuriers war es in Halberstadt zu schweren
kommunistischen Ausschreitungen. Den Anlaß hierzu soll
eine von einem Obersten gehaltene Rede gegeben haben.
Um die Mittagszeit, als nur vereinzelte Personen im Fest-
saal anwesend waren, erschienen etwa 200 Kommunisten
und richteten große Vermählungen an. Die Schupo kehrte
die Ruhe wieder her.

Aus Weiseneck bei Ockersleben wird gemeldet: Bei
einer Schützenweibe des diesigen Schützenvereins, an der sich
mehrere andere Schützenvereine beteiligten, wurden die Ver-
treter von einer Anzahl Kommunisten belästigt. Aus
einem Hause fielen Schiffe, durch die mehrere Verletzte ver-
wundet wurden. Ein Veteran von 1870/71, der ebenfalls
verwundet wurde, ist bald darauf seinen Verletzungen er-
legen.

In Osterburg in Ostpreußen fielt am Sonntag der
Schützenverein eine Tausendfeier ab, während gleich-

zeitig bis spät in die Nacht eine Kundgebung an
Bretschneider und Friedländer veranstaltet. Von dieser
Versammlung kam eine Arbeiterdelegation nach
Königsberg zu durchbrechen, woran sie durch Schu-
ppolizei gehindert wurden. Später ergriffen sich jedoch
Zusammenhänge zwischen kommunistischen Demonstranten und
Schuppolizei, wobei es auf beiden Seiten eine Anzahl von
Verletzten gab. Die Demonstranten veränderten infolge der
Vorgänge den allgemeinen Kundgebung.

Aus Oberösterreich.

Das „Berliner Tageblatt“ meldet aus Rattowitz:
Eine neue Rette von Bluttaten scheint in Ober-
österreich beginnen zu wollen. Am Montag früh ist eine
schon lange ausgebrochene Forderung gegen den deutschen
Bürgermeister von Wipac (Kreis Deutsch) Dr. Köhner
zur Tat geworden. Dr. Köhner wurde, als er in den frühen
Morgensstunden in seine Wohnung heimkehren wollte, von
drei Männern angehalten und zum Feuer gebeden. Er wurde
dann von den Männern angedrückt und verlor, als er
im Begriffe war, seine Wohnung zu öffnen, durch meh-
rere Schüsse niedergestreckt.

Die das „Berliner Tageblatt“ ferner aus Rattowitz
meldet, ist dort eine polnische Kommission, be-
stehend aus Vertretern der verschiedenen Parteien ein-
getroffen. Sie wird zunächst bei der Interalliierten Kom-
mission vorprechen und dann bei der Zentralen der ober-
österreichischen Plebiszitätskommission in Wien die Wünsche der
polnischen gestimmten Teile der oberösterreichischen Bevölkerung
vortragen. In erster Linie wird die Kommission ent-
scheidende Vorschläge unterbreiten, die zu einem harmlo-
sen Zusammenwirken der deutschen und polnischen Par-
teien und Gewerkschaften führen können.

Die oberösterreichischen Frauen sämtlicher Par-
teien einschließlich der Sozialdemokraten und der unab-
hängigen Sozialdemokraten haben an den Völkerverbund
eine Eingabe gerichtet, in der noch einmal die Entwidlung
der oberösterreichischen Frage dargelegt wird und in der alle
von ihnen vorgebrachten Argumente in wirksamer Weise
widerlegt werden.

Die türkisch-griechischen Kämpfe.

Nach einer Havasmeldung aus Istanbuler Quelle
verließ die seit zwei Tagen in der besetzten Stellung am
Schiff, einem Rebenkaff des Salaria, nordwestlich der
Salawüste entbrannte Schlacht zu unruhigen der
Griechen. Der erste Zusammenstoß war von großer
Bedeutung. Bedeutende Istanbuler Streitkräfte waren in
den Schützengräben zusammengedrängt, die auf den Höhen,
die das rechte Ufer der Salaria beherrschen, angelegt
waren. Der Versuch der Griechen, die Front zu durch-
stoßen, sei gescheitert. Die türkischen Truppen seien zur
Gegenoffensive übergegangen. Die geologische Bil-
dung der Salawüste ähnelt sehr der Sahara, feineres
Baumwuchs, keine Wasserquelle. Am Mittag herrschte eine
erdrückende Hitze, nachts ist die Kälte außerordentlich. Das
Terrain ist für strategische Bewegungen wenig günstig.
Die Türken haben die wenigen Dörfer in Brand gesteckt und
dadurch den Aufenthalt der griechischen Truppen außer-
ordentlich schwierig gemacht.

Tagesgeschichte.

Deutsches Reich.
Bismarcks Gedanken und Erinnerungen. Der
frühere Kaiser Wilhelm hat den Abdruck der von ihm und
Kaiser Friedrich verfassten Briefe im 3. Band von Bismarcks
Gedanken und Erinnerungen gestattet. Der Verlag von
Cotta hat eine namhafte Summe für vom Kaiser zu be-
stimmende wohltätige Zwecke zur Verfügung gestellt.

Deutsches und Sächsisches.

Mies, den 30. August 1921.
— Sonderzüge. Während der Dauer des Lore-
nacher Wartes, der von heute Dienstag, den 30. August
bis Freitag, den 2. September 1921 stattfindet, wird die
Sächsl.-Böhmische Dampfschiffahrtsgesellschaft außer den
planmäßigen Dampfern eine größere Anzahl Sonderzüge
zwischen Mies und Lorengitz verkehren lassen. Die Fahr-
zeiten der Schiffe werden durch den Ausbruch der Sonder-
Wäskate auf den Stationen und Schiffen usw. bekannt gegeben.
— Die Scheibungseisen. Der populäre
Operettenlager der Organtart gelang Sonnabend, den
3. September in Döppers Theateraal zur Aufführung, und
wird durch seine vielen neuen Melodien — wer traut nicht
— und bei uns einen durchschlagenden Erfolg davon-
tragen. (Siehe Anzeige in vorliegender Nummer.)

Einheitliche Polizeikunde für ganz
Sachsen. Die Polizeikunde ist mit Wirkung ab 1. Sep-
tember für ganz Sachsen einheitlich auf 1 Uhr nachts fest-
gelegt worden. In gewissen Ausnahmefällen kann Ver-
längerung bis 2 Uhr bewilligt werden. — Das Ministerium
des Innern erläßt hierzu folgende Verordnung: Nach der
Bekanntmachung des Herrn Reichsministers des Innern vom
18. August 1921 (RSBl. S. 1208) tritt § 3 der Bekannt-
machung betreffend die Organisation von Beamtenstellen und Be-
lenzungsmitteln vom 11. Dezember 1916 (RSBl. S. 1356)
mit dem Ablauf des 31. August 1921 außer Kraft. Es wird
nunmehr für Sachsen folgendes bestimmt: Die Polizeikunde
wird einheitlich auf 1 Uhr vormittags festgelegt, jedoch
sind Vorführungen in Theatern, Kinos, Spielhäusern und sonstigen
öffentlichen Schauhallungen nicht über 12 Uhr mittags
auszubehnen. Die Ortspolizeibehörden (Amts-
mannschaft, Polizeipräsidium in Dresden, Stadtrat — Polizei-
amt — der Städte mit der neu. Städteordnung) werden er-
mächtigt, im Falle besonderen Bedürfnisses die Polizeikunde
im Einzelfalle, jedoch in der Regel nicht über 3 Uhr
vormittags, zu verlängern. Das Bedürfnis wird fest-
anzuerkennen sein für Wahlversammlungen und öffentliche
Versammlungen von Angehörigen der Berufs, deren Tätig-
keit sich bis in die späten Abendstunden hinein erstreckt. Die
Befugnis der Polizeibehörden, die Polizeikunde im Einzel-
falle auf einen früheren Zeitpunkt festzusetzen, bleibt unberührt.

— Bandkürmung in Großenhain. Dunder-
waren dem Kufe gefolgt, den in der früheren Garnisonstadt
Großenhain stattfindenden 1. Bataillonstag zu besuchen.
Im Tunnel des Gesellschaftshauses fand am Sonnabend von
8 Uhr ab ein gemütliches Beisammensein statt, das die
Bataillone mit ihren aus Dresden, Pirna, Mägen,
Mies und Ocha eingetragenen Waffengeführten be-
einigte. Der Haupttag der Veranstaltung, der Sonntag, war
von prächtigem Wetter ausgezeichnet. Der Empfang auf
dem Kolonialer Bahnhof am Sonntag vormittags gestaltete
sich erdrückend voll. Mit Freude und Begeisterung wurde das
Ercheinen des ehemaligen Kommandeurs des Bataillons,
Berg Oberst von Baumann-Tresden begrüßt. Bataillon-
sozialistisches Leben und Treiben fällt die Stunden aus bei
einem vorzüglichen Gartenkonzert. Um 12 Uhr hielten die
Vertreter der Ortsgruppen im Gartenzimmer des Gesell-
schaftshauses eine kurze geschäftliche Sitzung ab, in der
beschlossen wurde, den nächsten Bataillonstag des Ban-
darm-Infanterie-Bataillons XII. Großenhain am 3. Sep-
tember 1922 in Königsberg abzuhalten. Der Sitzung
wohnten bei die Vorstehenden der Ortsgruppen Großenhain,
Dresden, Mies, Waderburg, Königsdorf, Meiden. Beson-
ders der Abrechnung über den Bataillonstag wurde be-
schlossen, daß ein etwaiger Beilagsbeitrag gleichmäßig von